

Kampfjetlärm im Oberhasli

«Psychologische Kriegsführung gegen die Bevölkerung»

Geht es um Militärisches, ist es mit der Demokratie in der Schweiz vorbei. An einem Infoanlass auf dem Militärflugplatz Meiringen Ende August stiess das Verteidigungsdepartement VBS viele der 70 Anwesenden vor den Kopf. Schon vor dem Anlass hatte das VBS klargemacht: eine Reduktion der Flugbewegungen im Haslital steht nicht zur Debatte.

Silvio Baumgartner

Verteidigungsminister Ueli Maurer hatte bereits im April 2010 klargemacht: eine Reduktion der Flugbewegungen auf dem Militärflugplatz Meiringen-Unterbach kommt nicht in Frage. Von dieser Haltung ist das VBS (Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport) kein Jota abgerückt. Bis zu 5000 Kampfjet-Bewegungen – davon 4500 mit den F/A-18-Jets – seien unabdingbar, sonst könne die Luftwaffe ihren Auftrag nicht mehr erfüllen, heisst es. Diese Zahl soll nun auch im Objektblatt des Sachplans Militär festgeschrieben werden. Bei weniger Flügen wäre der wirtschaftliche Betrieb des Flugplatzes Meiringen in Frage gestellt, heisst es weiter.

Das wirft schon mal vorweg zwei Fragen auf: Wozu denn überhaupt eine «Mitwirkung», wie sie am 18. August 2011 anlässlich einer Informationsveranstaltung auf dem Militärflugplatz lanciert wurde, wenn das VBS im Vorherein klarmacht, dass es gar nicht zum Verhandeln bereit ist? Und: was heisst denn hier «wirtschaftlicher Betrieb» des Flugplatzes Meiringen? Je mehr Flüge, die auf Kosten des Steuerzahlers Kerosin verbrennen, desto «wirtschaftlicher»? Kann es «wirtschaftlich» sein, dass im engen Haslital und in der Region Brienzensee jedes Jahr ein satter dreistelliger Millionenbetrag in ohrenbetäubendem Schall und Rauch aufgeht?

«Dicht machen»

«Eine solche Logik kann ich nur als bizarr bezeichnen», meint eine Sprecherin der Hoteliers von Brienz* «Es ist doch das Gegenteil von wirtschaftlich, wenn durch Militärfluglärm die Wirtschaft einer ganzen Talschaft ruiniert wird, die zu einem überwiegenden Teil vom Tourismus lebt!» Die Vizepräsidentin des Hotelvereins Brienz wird noch deutlicher: «Wenn das VBS an seinen Flugplänen festhält, können das Oberhasli und unsere ganze touristisch einmalige Region gleich dicht machen!»

Müssen die Bewohner der betroffenen Region all dies, sowie die damit verbundene massive Luftverschmutzung erdulden? Darf das VBS den Militärflugplatz Meiringen derart intensiv nutzen, wie es dies zurzeit tut? Mit diesen fundamentalen Fragen setzt sich die Fondation Franz Weber (FFW) seit geraumer Zeit auseinander. Zwar lehnte das Schweizer Stimmvolk vor drei Jahren die von der FFW und Helvetia Nostra lancierte Initiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» ab. Im Oberhasli und den angrenzenden Gemeinden aber wurde sie deutlich angenommen; und die Grundfrage bleibt: **Wie viel Lärm, Dreck und Gift darf den Anässigen zugemutet werden?**

Keine Kompromisse

Als Kompromiss hatte ein vermittelndes Kontaktgremium, bestehend aus Behörden, Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Gemeinden sowie der involvierten touristischen Vereinigungen gefordert, die Flugbewegungen in Meiringen-Unterbach jährlich auf 2500 Starts oder Landungen mit lärmintensiven Kampfjets zu beschränken und während der touristischen Hochsaison im Sommer vier Monate nicht zu fliegen. Die Belastung wäre auch so noch sehr hoch. Doch hätte man eine deutliche Reduktion erreicht, bei gleichzeitigem Erhalt der rund 200 Arbeitsplätze rund um den Flugplatz.

Davon will das VBS nichts wissen. Im Objektblatt für den Flugplatz Meiringen will es 7200 Flugbewegungen festschreiben, davon 5000 mit Jets. 4500 davon entfallen auf den lärmintensiven F/A-18, 500 auf den Tiger. «Das ist die Anzahl Bewegungen, die der Staffelpilot braucht», erklärt Flugplatzkommandant Peter Merz. Eine Berufsstaffel mit F/A-18-Jets ist seit 2006 in Meiringen stationiert. Immer wieder monieren die Militärs, gegenüber dem Sachplan von 2001, der bis zu 10'500 Flugbewegungen gestattet, werde die Zahl der Flugbewegungen deutlich reduziert.

Desinformation

Doch gegen diese Rechenschiebereien haben Fachleute* plausible Einwände: «2001 – als dieses Blatt erarbeitet wurde, flogen im Haslital noch

keine F/A-18. Doch eben diese sind fünfmal so laut wie Tiger-Kampfjets, die damals hauptsächlich in Unterbach starteten und landeten.» Somit entsprächen 4500 F/A-18-Flüge lärmässig 22'500 Tiger-Flugbewegungen. «So etwas erwähnt das VBS nur ungern.» Die Sachverständigen entlarven weitere mutwillige Realitätsverzerrungen des VBS. Etwa dass bei der Ermittlung für die Lärmbelastung in der Talschaft über 365 Tage gemessene Durchschnittswerte genommen werden, ohne die unerträglich lauten Spitzenwerte beim Start eines F/A-18, zu 90 Prozent noch dazu mit Nachbrenner, zu betrachten. Oder das Ausklammern der Tatsache, dass der Flugraum über der Region Haslital noch eine massive zusätzliche Lärmbelastung erleidet, durch den oberhalb des Brienzensees und des Hotels Giessbach gelegenen Schiessplatz Axalp. Die Schiessübungen von Kampfjets, die auf anderen Flugplätzen gestartet sind, werden natürlich nicht in dem Lärmkorsett berücksichtigt.

Angesichts dieser Umstände muss dem VBS eine perfide Desinformation der Lokalbevölkerung, eine Art von psychologischer Kriegsführung gegen die Betroffenen vorgeworfen werden. Ein konstruktiver Dialog mit der Region für ein mögliches Nebeneinander von Militärflugplatz, Tourismus und Lebensqualität der Anwohner wird stur abgelehnt. Erpresserisch droht das VBS, entweder die nochmalige Lärmzunahme wird akzeptiert, oder der Flugplatz wird geschlossen.

Es ist nun an der Bevölkerung und den Behörden der betroffenen Gemeinden, sich legal mit allen Mitteln in den kommenden Wochen gegen die Festsetzung des neuen Sachplans zur Wehr zu setzen. Wie gross letzten Endes die Lärmbelastung sein wird, legen nicht der Bundesrat oder das VBS einseitig fest, sondern die Anwohner des Haslitals. Im Wallis haben sich die Behörden und die Tourismusorganisationen durchgesetzt. In Zukunft werden dort (Flugplatz Sion) keine F/A-18 Bewegungen mehr stattfinden, wie Bundesrat Maurer diese Woche bekannt gegeben hat.

Inserate gegen Fluglärm

An der Mitwirkung können alle teilnehmen. Die Gemeinden werden die Eingaben der Bevölkerung sammeln und bündeln. Von dort geht es zum Kanton. Im Februar 2012 wird dann voraussichtlich der Regierungsrat seine Stellungnahme zum Sachplan abgeben. Das VBS ist allerdings nicht verpflichtet, Eingaben zu berücksichtigen. Entscheidende Instanz ist der Bundesrat. Ist aber der lokale politische Druck gross genug, so wird dies erfahrungsgemäss vom Kanton und vom VBS berücksichtigt, wie das in den vergangenen Jahren im Wallis der Fall gewesen ist.

Mittlerweile schaltet die IGF Inserate in der lokalen Presse mit Wortlauten wie: «Das VBS bestätigt: 1 F/A-18 ist 5 x lauter als ein Tiger!!! Im Sachplan Militär steht: 500 Tiger und neu 4'500 F/A-18 pro Jahr, d.h. Lärm wie 23'000 Tiger!!!» Auch der Hotelierverein Brienz inseriert: «FA/18 Flüge während den fünf letzten Jahren durchschnittlich 3388 pro Jahr. Neu Sachplan Militär F/A18 4500 Flüge. Das bedeutet ab 2012 eine weitere Lärmzunahme von 30%, obwohl das Kontaktgremium der Region einstimmig max. 1250 F/A-18 Bewegungen pro Jahr fordert!»

Der Rechtsweg

Zudem beschreitet die IGF in Zusammenarbeit mit dem auf Fluglärm spezialisierten Zürcher Anwalt Peter Ettl den Rechtsweg. Die IGF werde das Verteidigungsdepartement VBS nun zunächst zu einer Verfügung auffordern, sagt Ettl. Darin soll die Zahl der Flugbewegungen mit den FA-18-Jets auf jährlich 1250 begrenzt werden. Zudem solle die Sommerpause ohne Starts und Landungen von zwei auf vier Monate ausgedehnt werden. Kommt das VBS der Aufforderung nicht nach, will sich die IGF ans Bundesverwaltungsgericht wenden. In letzter Konsequenz sei auch ein Gang nach Strassburg denkbar, meint Peter Ettl.

Schliesslich gibt es auch noch das Rechtsschutzbegehren, welches der Genfer Anwalt Rudolf Schaller im Auftrag verschiedener Interessenten eingereicht hat. Zu den Klägern gehören die Stiftung «Giessbach dem Schweizervolk», die Parkhotel Giessbach AG sowie diverse Hoteliers der Region Brienz. «Es geht darum, die Rechte der Bevölkerung im Berner Oberland Ost zu schützen», erklärt Rudolf Schaller. «Deshalb wollen wir die Frage des Lärms und der Schadstoff-Emissionen der Kampfjets auf rechtlicher Ebene klären lassen.»

* Namen den Verfassern bekannt